



Die Stadtverordnetenversammlung
- Haupt- und Finanzausschuss -

Tagesordnung I Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 22. März 2017

Vorlagen-Nr. 17-F-02-0002

**Videoüberwachung und Sicherheit in Wiesbaden
- Antrag der CDU-Fraktion vom 07.02.2017**

Im Wiesbadener Kurier vom 14. Januar 2017 hat der Wiesbadener Polizeipräsident Stefan Müller für die Erneuerung der Videoüberwachung am Bahnhofsvorplatz plädiert.

Eine veraltete Anlage zu unterhalten, macht keinen Sinn und in Anbetracht dessen, dass im Jahr 2016 64 Straftaten in diesem Bereich registriert wurden, sollte die Videoüberwachung dringend auf den neuesten Stand gebracht werden. Gleichfalls sollten die weiteren Vorschläge des Polizeipräsidenten, die eine Installation von Videoüberwachung auch an anderen Plätzen vorsehen, geprüft werden.

Da die Videoüberwachung aber immer nur eine sinnvolle Ergänzung der Polizeiarbeit und der Aufgaben des Ordnungsamtes darstellt, müssen auch diese originären Bereiche gestärkt werden. Die Abteilung Stadtpolizei ist gemeinsam mit der Landespolizei für die Gewährleistung der Sicherheit der Menschen in Wiesbaden zuständig. Das Aufgabenspektrum der Stadtpolizei ist in den vergangenen Jahren immer breiter geworden und der Vielzahl der Anfragen und Wünsche nach Vorkehrungen und Maßnahmen für mehr Sicherheit und Ordnung auch aus den Ortsbeiräten kann nicht mehr vollumfänglich Folge geleistet werden. Daher muss auch die Landeshauptstadt Wiesbaden im Sinne ihrer Bürgerinnen und Bürger einen stärkeren Beitrag für mehr Sicherheit leisten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die Stadtpolizei mit ihrem derzeitigen Personalbestand die gestiegenen Aufgaben und Anforderungen sowie den Erwartungen seitens der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger nicht mehr vollumfänglich erfüllen kann. Der Magistrat wird gebeten darzulegen, welche personelle und materielle Ausstattung notwendig ist, um den gestiegenen gesetzlichen und gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen.
2. Der Magistrat wird darüber hinaus gebeten,
 - a. stark frequentierte öffentliche Plätze mit Kameras überwachen und bereits vorhandene Videoüberwachungseinrichtungen auf den neuesten technischen Stand bringen zu lassen,
 - b. die Präsenz der Stadtpolizei in der Öffentlichkeit durch verstärkten Streifendienst zu erhöhen.

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen zum TOP 2 / TO I der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 22.03.2017

Der Einleitungstext bleibt bestehen.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Die Beschlusspunkte 1., 2. a und 2. b werden wie folgt ersetzt:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss stellt fest, dass die Anforderungen an das Ordnungsamt, darunter auch die Stadtpolizei, in den vergangenen Jahren zugenommen haben. Daher soll insbesondere die Stadtpolizei personell und materiell verstärkt werden. Der Magistrat wird gebeten darzulegen, welche personelle und materielle Ausstattung notwendig ist, um den gestiegenen Anforderungen Rechnung zu tragen.
2. Der Magistrat wird darüber hinaus gebeten:
 - a. Die Videoüberwachung auf dem Vorplatz des Wiesbadener Hauptbahnhofs zu modernisieren und am Platz der deutschen Einheit zu reaktivieren. Im Vorfeld dieser Maßnahmen eine mögliche Förderung durch das Land Hessen zu prüfen.
 - b. Dem Haupt- und Finanzausschuss darzulegen, welche weiteren Standorte aus polizeifachlicher Sicht für eine Videoüberwachung geeignet sein können.
 - c. Die Präsenz der Stadtpolizei in der Öffentlichkeit durch verstärkten Streifendienst zu erhöhen.

Beschluss Nr. 0081

Der Antrag wird in der Fassung des gemeinsamen Änderungsantrags der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 22.03.2017 angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2017

Belz
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .03.2017

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2017

Dezernat VII
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister